

INTERNATIONAL

6 UKRAINE-KRIEG
VERSCHÄRFT WELTHUNGER

BRD

8 PROFIT AUS DER NOT
UKRAINISCHER FLÜCHTLINGE

FRAUEN

10 VOM KRIEG IN DIE
PROSTITUTION

BERLIN

12 ANTI-RUSSISCHER
CHAUVINISMUS IN BERLIN

HAMBURG

14 GESUNDE ERNÄHRUNG AN
HAMBURGER SCHULEN?

BREMEN

16 DAS PROBLEM MIT DEM
MÜLL IN TENEVER

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 ARBEITSKÄMPFE IM
GESUNDHEITSWESEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 HAUSDURCHSUCHUNGEN IN
BADEN-WÜRTTEMBERG

KULTUR

22 FILMREZENSION: THE
ARMY OF CRIME

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

AKTION IN KOLUMBIEN FÜR DEN VOLKSKRIEG IN INDIEN

UKRAINE-KRIEG VERSCHÄRFT HUNGER WELTWEIT

WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS GRÖSSTMÖGLICHEN PROFIT AUS DER NOTSITUATION DER UKRAINISCHEN FLÜCHTLINGE ZU SCHLAGEN VERSUCHT VOM KRIEG IN DIE PROSTITUTION

ANTI-RUSSISCHER CHAUVINISMUS IN BERLIN

GESUNDE ERNÄHRUNG AN HAMBURGER SCHULEN?

DAS PROBLEM MIT DEM MÜLL IN TENEVER

DIE ZEIT LÄUFT: ARBEITSKÄMPFE IM GESUNDHEITSWESEN

HAUSDURCHSUCHUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

FILMREZENSION: THE ARMY OF CRIME

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

eine große Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der Völker der Welt ist im Gange. Die weltweite Wirtschaftskrise vertieft sich und wird weiter auf unseren Schultern abgeladen. Sowohl in Peru, als auch in Griechenland haben kürzlich Generalstreiks das ganze Land lahmgelegt. In Peru kam es ab Ende März zu dutzenden Straßenblockaden, Plünderungen, und großen Demonstrationen, nachdem sich ein Streik von LKW-Fahrern gegen des rasanten Anstieg der Kraftstoffpreise aufs ganze Land ausgeweitet hatte. Die reaktionäre Regierung antwortete damit, das öffentliche Leben herunterzufahren und schickte das Militär, um die Aufstände des Volkes blutig niederzuschlagen.

Der Krieg in der Ukraine, an dem sich neben Russland zahlreiche imperialistische Mächte auf die eine oder andere Weise beteiligen, um ihren Nutzen aus daraus zu ziehen, hat hierzulande längst seine Auswirkungen auf unsere Klasse. Die steigenden Preise für Getreideprodukte und Brennstoffe – und alles, was davon abhängig ist – ergänzen die Inflation, die eine Auswirkung der Krise des imperialistischen Systems ist. Gangster-Kanzler Scholz kann zumindest nicht behaupten, dass der Staat zu wenig Geldreserven hätte, um etwas dagegen zu unternehmen. Doch auf Kosten unserer Steuergelder landen 100 Milliarden bei der Bundeswehr, einer imperialistischen Armee, die darauf vorbereitet wird, weitere Eroberungskriege zu führen. Anstelle dass man die Subventionierung von den wichtigsten Nahrungsmitteln beschließt, die Mehrwertsteuer abschafft, eine Grundversicherung für alle und kostenlosen Nahverkehr ermöglicht oder die Heizkosten von Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern übernimmt. Das alles ist nicht das, was die Herrschenden wollen. Deshalb ist die Lage so, wie sie gerade ist. Die Armut in diesem Land wächst und wächst. Wen interessiert da noch die Aufhebung eines Großteils der „Corona-Maßnahmen“? Der Versprechungen der Herrschenden von vor zwei Jahren zufolge sollten wir nun an dem Punkt sein, wo alles wieder sein kann wie früher. Doch die Krise, in erster Linie eine Wirtschaftskrise, vertieft sich weiter von Tag zu Tag. Den Meisten ist nun klar, dass die Zeiten „von früher“ nicht wieder kommen werden. Wir blicken den stürmischen Zeiten, die die Arbeiterklasse erwarten, mit Mut und Zuversicht entgegen, denn es sind Zeiten des Kampfes!

Die noch junge Regierung hievt sich bereits von einem zum nächsten Rückschlag. Bezeichnend ist der Rücktritt von Familienministerin Anne Spiegel (Grüne), der letzten Sommer vier Wochen Urlaub wichtiger waren als das Schicksal der Flutopfer in Rheinland-Pfalz. Und dieses „Phänomen“ zieht sich durch alle ihre Reihen, egal welche bürgerliche Partei. Wie auch die Wahlen in Frankreich zeigen, gibt es einen ungemeinen Vertrauensverlust in diese Leute, die sich „Volksvertreter“ nennen. In diesem Zusammenhang traut sich die deutsche bürgerliche Presse auch, von einer „Krise der Demokratie“ zu sprechen. Aber nichts anderes passiert auch hier in Deutschland. So verschärft sich die Krise und die Zersetzung des Imperialismus auf allen Ebenen in allen Ländern. Umso mehr muss klar sein, dass sich die Arbeiterklasse im Kampf um Befreiung nur auf ihre eigene Organisation verlassen kann. Wenn die Revolutionäre in diesem Land an diesem 1. Mai die rote Fahne mit Hammer und Sichel erheben, dann ist dies mehr denn je verbunden mit der Forderung nach der Rekonstitution unserer Organisation, der Kommunistischen Partei Deutschlands, und einer neuen internationalen Organisation des Proletariats.

Eure RoPo-Redaktion



Rund um den Globus führten Revolutionäre im März Aktionen im Rahmen einer von der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) ausgerufenen antiimperialistischen Woche durch, so auch in Kolumbien. Das Bild zeigt eine Hauptstraße in der Großstadt Medellín, wo ein Transparent für den Volkskrieg und die politischen Gefangenen in Indien aufgehängt wurde: „Freiheit für alle politischen Gefangenen in Indien! Der Volkskrieg in Indien wird siegen!“

Quelle: El Comunero - Prensa Popular

TODOS LOS PRESOS
EN LA INDIA! 
LA INDIA VENCERÁ!

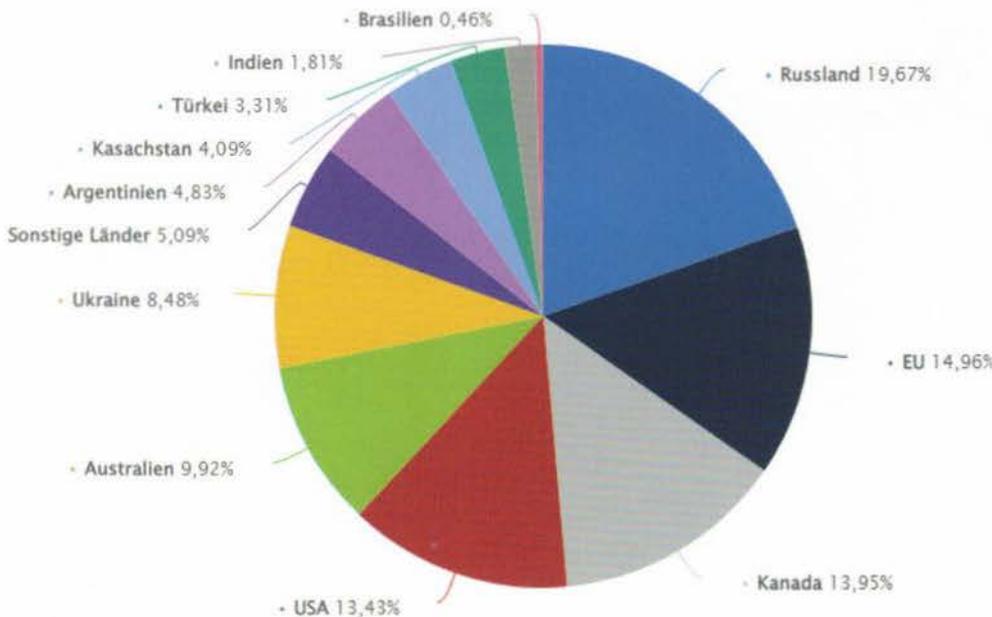


UKRAINE-KRIEG VERSCHÄRFT HUNGER WELTWEIT

Der Krieg in der Ukraine hinterlässt auf der ganzen Welt seine Spuren. Hier in der BRD sorgt der Krieg vor allem für einen leereren Geldbeutel bei den Arbeitern, denn alles mögliche von Brot bis Toilettenpapier wird teurer. Die Last des Krieges – auch außerhalb der Ukraine – wird so wie immer auf die Arbeiter und das Volk abgewälzt. Doch während hier die meisten noch irgendwie hinkommen und es schaffen, jeden Tag etwas zu Essen auf den Tisch zu bekommen, sieht das in den Ländern der dritten Welt ganz anders aus. In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bedeutet der Krieg mit seinen Folgen vor allem eines: Hunger. Noch mehr Hunger als schon vorher macht sich breit, noch mehr Menschen sterben, weil sie nichts zu essen haben. Das ist, wie die Imperialisten ihre Kriege und Krisen auf die Völker der unterdrückten Länder abwälzen.

DAS „HUNGERJAHR 2022“

Schon vor Ausbruch des Kriegs prognostizierten bürgerliche Institutionen, dass der Hunger in 2022 weiter ansteigen wird. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (UN) sprach schon vergangenen Dezember vom „Hungerjahr 2022“. 811 Millionen Menschen sollen laut offiziellen Angaben weltweit an Hunger leiden. Das entspricht etwa einem Neuntel der Weltbevölkerung. Laut den Prognosen des Welternährungsprogramms vom Dezember 2021



Größte weltweite Exporteure von Weizen, Mehl und Weizenprodukten (Anteil am Gesamtexport)

sollten in diesem Jahr bis zu 45 Millionen Menschen in 43 verschiedenen Ländern dazu kommen. Das zeigt, dass der Krieg in der Ukraine nicht der Ursprung des Hungerproblems ist, sondern dieses System, die Wirtschaftskrise schon vorher da war und jetzt nur noch einmal beschleunigt und verschärft wurde.

WAS HAT DER KRIEG MIT DER LEBENSMITTELKNAPPHEIT ZU TUN?

Die Lebensmittelknappheit entsteht besonders, weil Weizen knapp wird. In vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens ist Weizen essentielles Nahrungsmittel, denn es ist billig. Viele dieser Länder produzieren Weizen aber nicht selber, und sind auf Weizen aus dem Ausland angewiesen, den sie importieren. Das kommt meistens nicht, weil der Anbau von Weizen oder alternativen Nahrungsmitteln nicht möglich wäre, sondern dadurch, dass die Wirtschaften dieser Länder von den Imperialisten kontrolliert werden. So zwingen die Imperialisten den Wirtschaften und Landwirtschaften dieser Länder häufig eine Spezialisierung auf ein oder zwei hauptsächlich Produkte auf. Das können unterschiedlichste Lebensmittel, Rohstoffe, Verbrauchsgüter oder auch die banalsten Dinge, wie zum Beispiel Blumen sein. Diese Produkte werden dann zu günstigen Preisen in die imperialistischen Länder exportiert. Diese Spezialisierungen

führen aber dazu, dass die unterdrückten Länder nicht einmal dazu in der Lage sind, die Menschen im eigenen Land zu ernähren. Lediglich ein winziger Teil der herrschenden Klassen dieser Länder profitiert von diesem Zustand, während die breiten Volksmassen im Elend leben müssen. Dadurch verschärft sich die Abhängigkeit noch einmal und es müssen Produkte importiert werden. So auch in diesem Fall. Denn Russland und die Ukraine sind zwei der größten Exporteure von

Weizen. Zusammen produzieren sie gut ein Viertel des gesamten Weizen auf der Welt und exportieren diesen auch in viele Länder. Durch den Krieg und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland entsteht nun eine Knappheit des Weizens, denn Lieferketten sind unterbrochen, Märkte eingefroren und die Produktion stockt. Während hier in der BRD die Preise angehoben werden, werden Länder der dritten Welt immer weniger beliefert.

BRASILIEN – GROSSER PRODUZENT, NOCH GRÖßERER IMPORTEUR

Eines der Länder, das nun unter dem Mangel von Weizen zu leiden hat, ist Brasilien. Das Land hat die größte Landwirtschaft Lateinamerikas und produziert neben den Haupterzeugnissen Soja und Zuckerrohr auch Weizen. Alle drei Erzeugnisse sind vor allem für den Export bestimmt. So wird Soya aus Brasilien in der BRD in großen Teilen dazu verwendet, Tierfutter herzustellen, während die ärmsten Teile der Bevölkerung Brasiliens hungern. Auch Weizen wird exportiert und das Land ist unter den größten Weizenexporteuren der Welt. Gleichzeitig importiert Brasilien aber auch Unmengen an Weizen. Über 6 Millionen Tonnen sollen es sein (Stand 2020). Während der billige Weizen aus Brasilien also in imperialistische Länder exportiert wird, muss das Land wieder welchen importieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Das führt jetzt zu einem Problem, denn der Weizenbedarf kann nicht mehr gedeckt werden. Schon in den letzten zwei Jahren hat das brasilianische Volk eine massive Verschlimmerung von Hunger ertragen müssen. Für etwa 100 Millionen Brasilianer ist die Ernährungssicherheit nicht gewährleistet und mehr als 20 Millionen leiden direkt an Hunger. Diese Situation wird sich nun noch weiter verschärfen.

AUCH ASIATISCHE LÄNDER ABHÄNGIG

Viele Länder in Asien – vom arabischen Raum bis nach Indonesien – importieren Weizen aus Russland und der Ukraine. Darunter auch Bangladesch. Es zählt zu den ärmsten Ländern Asiens. Offiziellen Angaben zufolge leiden 40 Prozent der Bevölkerung an Unterernährung oder Hunger. Das Land hat die höchste Rate von an Hunger leidenden Kindern in ganz Südasien. Diese elende Situation wird sich jetzt noch weiter zuspitzen, denn Bangladesch importiert 54 Prozent seines Weizens aus Russland und der Ukraine.

AFRIKA WOHL AM SCHWERSTEN GETROFFEN

Auf dem afrikanischen Kontinent sind zahlreiche Länder vom Weizenmangel betroffen. Ob Tunesien und Ägypten im Norden, der Sudan und Tansania im Osten oder Nigeria im Westen des Kontinents, all diese Länder importieren Weizen aus Russland und der Ukraine. Das sudanesishe Volk wird nun in besonderes Elend gestürzt. 20 Millionen der 44 Millionen Einwohner des Sudans sind durch den Krieg unmittelbar von Hunger bedroht, denn 46 Prozent des Weizens werden aus Russland importiert.

Aber auch in Ägypten sind die Folgen schwer. Ganze 70 Prozent seines Weizens importiert Ägypten aus Russland und der Ukraine. Schon im letzten Jahr wurden die Brotpreise von Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi angehoben. Doch die Geschichte Ägyptens zeigt, dass das Volk steigende Preise und Hunger nicht einfach hinnimmt. 1977 entflammte der Zorn des ägyptischen Volkes, als der damalige Präsident Anwar as-Sadat die Erhöhung des Brotpreises verkündete. Zehntausende gingen damals auf die Straße und erkämpften die Rücknahme der Preiserhöhung. Auch bei den großen Massenkämpfen im Jahr 2011 – die zwar unter reaktionärer Führung standen und in dessen angeblichen Erfolg viele Illusionen verschwendet wurden – war die Parole „*Brot und Freiheit*“ allgegenwärtig.

Genau das ist, was die Ausbeuterklasse auch heute wieder befürchtet. Das zeigt eine Aussage des Sprechers des Welternährungsprogramms, Martin Rentsch: *„Weil natürlich Hunger auch immer eine ganz große destabilisierende Wirkung hat und das auch politische Konsequenzen nach sich zieht. Wir wissen aus der Vergangenheit, aus den Ländern Nordafrikas, wie das zu Konflikten führen kann. Was sich die Welt eben momentan überhaupt nicht leisten kann, sind weitere Konflikte.“* Eine Aussage, die genau ins Schwarze trifft, denn es ist ein Fakt, dass der Widerstand bestärkt wird, je größer die Ausbeutung und Unterdrückung ist. Das heißt, dass das sogenannte „Hungerjahr 2022“ die revolutionäre Situation, die auf der Welt in ungleicher Entwicklung besteht, weiter anheizen wird. Es werden neue Kämpfe ausbrechen, die die Völker gegen ihre Unterdrückter entfesseln werden. Es zeigt, dass sich dieses marode System überlebt hat und immer schneller stirbt. •

WIE DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS GRÖSSTMÖGLICHEN PROFIT AUS DER NOTSITUATION DER UKRAINISCHEN FLÜCHTLINGE ZU SCHLAGEN VERSUCHT

Kaum ist die schmerzliche Anteilnahme am Leid des ukrainischen Volkes bekundet, beginnt das Pläneschmieden, wie dieses Leid am effektivsten ausgenutzt werden kann, um der deutschen Wirtschaft zu dienen. Denn die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Migration ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen. Rund 400.000 Migrantinnen im Jahr braucht der deutsche Arbeitsmarkt laut dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit. Dass unter dem Aspekt nicht alle Entscheidungen für die Hilfe der Flüchtlinge getroffen werden, liegt auf der Hand.

Hunderttausende sind bereits aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet und in den bürgerlichen Medien wird zynisch von einem möglichen „Arbeitsmarktwunder“ berichtet, das uns diese Menschen bringen könnten. Denn vor allem Fachkräfte müssen her; der Fachkräftemangel ist seit 2019 um gut 10 Prozent angestiegen.

„Schnell“ und „unbürokratisch“ sind wohl die zwei häufigsten Wörter in dieser Debatte, so solle man den Flüchtlingen erst Schutz und dann Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren. Alle möglichen Maßnahmen werden dafür nun getroffen. So sollen z.B. Ausländerbehörden die Erlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung schon in den Aufenthaltstitel eintragen, ein Asylantrag muss gar nicht erst gestellt werden. Wichtig sei aber natürlich, dass man den ukrainischen Flüchtlingen Jobs vermittele, die ihren Qualifikationen entsprechen. Eine Kehrtwende von 180 Grad, wenn man sich die deutsche Flüchtlingspolitik seit 2015 anschaut. Die chauvinistische Logik dahinter: Frauen, die Christen sind, lassen sich eben viel bereitwilliger integrieren als muslimische Männer. Gerade wenn es um Berufe wie die Pflege geht, welches mit Abstand das häufigst genannte Jobziel für die ukrainischen Frauen ist. Da wird es dem deutschen Staat auf einmal ein ernsthaftes Anliegen, Lösungen für die Kinderbetreuung der Arbeitskräfte zu finden. Die Webseite Seniocare 24, welche ukrainische Frauen an 24-Stunden-Pflegeverträge fesselt, bringt auf den Punkt,

warum viele Deutsche die ukrainischen Frauen für so geeignet für den Pflegeberuf halten:

„Ukrainisches Pflegepersonal – Vorteile

Osteuropäische Pflegekräfte und Krankenschwestern werden vor Allem für ihre herzliche und liebevolle Art und der wertschätzenden Mentalität bei den deutschen Senioren immer beliebter. Dazu sind sie sehr gut ausgebildet und haben gute Deutschkenntnisse. Natürlich ist einem als Angehöriger einer zu pflegenden Person hier auch die Finanzierung ein wichtiger Aspekt, zum herkömmlichen Pflegeheim und der Pflege durch deutsche Pflegekräfte.“

Vor allem der Fachkräftemangel, in der Pflege, soll also durch die ukrainischen Frauen verbessert werden. Man wolle Fachkräfte schneller anerkennen. Die bisherige Situation für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger aus Osteuropa ist in der Regel ein demütigender und langwieriger Weg zur Anerkennung. Diejenigen, die sich dafür entscheiden, sich der Schikane durch die deutschen Behörden auszusetzen, also für den Anerkennungsprozess ihrer Qualifikation, müssen natürlich erst mal sämtliche Deutschkurse belegen, alle ihre Abschlusszeugnisse übersetzen und beglaubigen lassen und selbstverständlich das gesamte Verfahren aus eigener Tasche zahlen. Und wenn dann irgendwann alle Papiere, die angeblich noch gefehlt hatten, nachgereicht wurden, heißt es nicht selten: *„Die automatische Gleichwertigkeit Ihres Ausbildungsstandes mit der deutschen Ausbildung zur gesundheits- und Krankenpflegerin kann nicht festgestellt werden.“*

Dafür wird einem die Möglichkeit eines Anpassungslehrgangs oder einer Kenntnisprüfung unterbreitet, was konkret bedeutet, erneut die Schulbank drücken zu müssen – unbezahlt. Viele entscheiden sich auf Grund dessen also dagegen, ihre Qualifikationen anerkennen zu lassen und nehmen es stattdessen lieber auf sich, am Nachmittag putzen zu gehen, nachdem man sich im Frühdienst als Hilfskraft halbtot geschuftet hat. Hinzu kommt, dass die Pflegeausbildung in ihren Heimatländern viel mehr ein Studium mit Praktika

ist, nach dem sämtliche körperpflegerische Tätigkeiten gar nicht zu ihren Aufgaben gehören. Ein sehr bitteres Erwachen aus dem Traum von einem besseren Leben, für das Unternehmen allerdings ein feuchter Traum; absolut überqualifiziertes Personal als Hilfskräfte auszubeuten, und, indem man mit ihrem Stolz spielt, ihnen sämtliche Fachkraftaufgaben zusätzlich abzuverlangen. Das Problem des Fachkräftemangels auf dem Papier lässt sich mit ein paar Handgriffen in die Trickkiste vorübergehend viel bequemer lösen.

Dass der Anerkennungsprozess Migrantinnen in Deutschland so beschwerlich wie möglich gemacht wird, hat dementsprechend nichts damit zu tun, dass es einen Niveauunterschied in der Ausbildung gäbe, sondern damit, dass es einen klaren Nutzen für die Unternehmen gibt. Es wäre naiv zu glauben, dass dies im Falle der ukrainischen Flüchtlinge nicht gilt, im Gegenteil, niemand lässt sich so leicht ausbeuten wie in einer Notsituation. Nun mit der Erleichterung des Anerkennungsverfahrens zu winken, vor dem Hintergrund, dass die meisten ukrainischen Flüchtlinge ohnehin darauf hoffen, schnellstmöglich in ihre Heimat zurückzukehren, dient vor allem dem vorgeheuchelten Anstand, ihnen „ordentliche Arbeit“ geben zu wollen.

Der Berliner Arbeitsrechtler Martin Bechert vermutet in einem Interview mit der Zeitung „Welt“ folgendes:

„Viele Unternehmer sehen die ukrainischen Flüchtlinge einfach als billige Arbeitskräfte. Meine Befürchtung ist, dass ihre Notsituation ausgenutzt wird und viele Firmen die Ukrainer nicht etwa als qualifizierte Arbeitnehmer beschäftigen, sondern sie vergleichsweise weniger Geld bekommen und unter Wert arbeiten müssen ... Es flüchten ja vor allem Frauen aus der Ukraine. Viele von ihnen könnten in der Pflege beschäftigt werden, wo Fachkräfte fehlen. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass ihre Berufsausbildung schnell anerkannt wird. Dass selbst examinierte Pflegekräfte unterbezahlt, auf dem Lohnniveau einer Hilfskraft beschäftigt werden, ist daher wahrscheinlich. Die Gefahr, dass viele Flüchtlinge ausgenutzt werden, ist insbesondere in der Pflege ganz konkret.“

Zudem ist zu erwarten, dass auch die ukrainischen Frauen, die überhaupt keine Qualifikationen für den Pflegeberuf vorweisen können, mit offenen Armen und einem Hungerlohn von deutschen Heimbe-

treibern empfangen werden, da durch das Einsetzen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weitere Personallücken entstanden sind, wie auch Martin Bechert ausführt:

„Wenn Arbeitsplätze frei werden, weil die Impfpflicht greift, ist es wahrscheinlich, dass vermehrt Ukrainerinnen eingesetzt werden – und sie werden nicht den Lohn bekommen, wie diejenigen, die ihren Job verlieren. Allerdings kann ich mir nur schwer vorstellen, dass ukrainische Pflegekräfte, die kaum Deutsch können, dann direkt zum Arbeitsgericht oder einer deutschen Behörde gehen, um ihre Rechte geltend zu machen.“ (Welt, „Viele Unternehmer sehen die Flüchtlinge einfach als billige Arbeitskräfte“ vom 16.03.2022)

Dies wird die Löhne in der Pflege insgesamt weiter drücken, denn wächst das Angebot der verfügbaren Arbeitskräfte auf dem Markt, während die Nachfrage gleichbleibt, ist die einzelne Arbeitskraft weniger Wert und kann so für einen niedrigeren Preis verkauft werden. Politiker wie der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) versuchen sich als Moralapostel der Flüchtlingspolitik aufzuspielen: *„Aber hier kommen jetzt nicht erstmal Arbeitskräfte, es kommen Menschen aus der Not, die nicht freiwillig ihre Heimat verlassen.“* Als würden sie tatsächlich all diese Erleichterungen für die Ukrainer beschließen, um ihnen Schutz zu bieten und nicht, um ihnen den Unternehmen zu Fraß vorzuwerfen. Natürlich sollte es für alle Arbeit geben, aber nicht nur für ukrainische Frauen, weil diese gerade am Besten auf dem Arbeitsmarkt verheizt werden können, sondern auch für syrische Männer. Und vor allem Arbeit für faire Löhne und einen gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. Es darf nicht sein, dass unsere Herkunft darüber entscheidet, wie wir bezahlt werden. Wir müssen die Spaltereien der Ausbeuter bekämpfen, denn für uns zählen ihre chauvinistischen Kategorien nicht. Wir müssen als Klasse zusammenstehen, egal, woher wir kommen, und uns gegen dieses System wehren, denn im imperialistischen System werden die Ausbeuter immer ausbeuten, und wenn die Not der Menschen dies erleichtert, umso mehr. •

VOM KRIEG IN DIE PROSTITUTION

Seit dem der Krieg in der Ukraine am 24. Februar vom russischen Imperialismus losgebrochen wurde, kommen tagtäglich tausende Flüchtlinge in der BRD an. Zu Tausenden steigen sie aus den Zügen in ostdeutschen Städten, um sich hier vor dem Krieg zu schützen. Es sind in der großen Mehrheit Frauen mit ihren Kindern, die hier ankommen, denn erwachsene Männer sind wehrpflichtig, werden eingezogen, und ihnen ist es nicht mehr möglich, die Ukraine zu verlassen. Der deutsche Staat gibt sich hilfsbereit und als großer Retter in der Not. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges erklärte sich der deutsche Staat dazu bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Doch mittlerweile hat sich hinter der freundlichen Maske, die sich die deutschen Imperialisten aufgesetzt haben, das wahre Gesicht gezeigt. Es geht nicht darum, den Menschen zu helfen, sondern darum, die Not der ukrainischen Frauen zu nutzen und billige Lohnsklavinnen aus ihnen zu machen. Neben den direkten Interessen des deutschen Staates an den Geflüchteten existieren aber noch andere, die versuchen, die Not der Frauen auszunutzen. Kriminelle Banden, Menschenhändler und Zuhälter stehen schon bereit, um die Frauen in die Prostitution zu treiben.

Diese Methode von kriminellen Banden ist nichts neues. Schon seit Jahren ist es Gang und Gäbe, dass Zuhälter die Not von geflüchteten Frauen ausnutzen. Bereits in den Heimatländern der Menschen agieren solche Banden als Schlepper, die die Leute für vermeintlich wenig Geld nach Europa und Deutschland bringen. Den Frauen wird häufig eine normale Arbeit in der BRD versprochen; hier angekommen werden sie aber dazu gezwungen, sich zu prostituieren um auf diese Weise ihre Schulden „abzuarbeiten“. In anderen Fällen wird den Frauen ein Zimmer angeboten, in dem sie leben können. Bedingung dafür ist aber, das sie sich prostituieren, um so die Miete zu zahlen. Dass diese Möglichkeit überhaupt besteht, ist vor allem ein Resultat der Gesetzgebung zur Prostitution in der BRD. Überall auf der Welt gibt es Menschenhandel und Prostitution, aber hier in der BRD ist die Gesetzgebung besonders locker, was Zuhältern in die Karten spielt. Sie öffnet geradezu Tür und Tor für Menschenhandel und Zwangsprostitution, denn die Prostitution wird in der BRD als eine normale

Arbeit betrachtet. Solange die Frauen offiziell als Prostituierte gemeldet sind, ist alles legal. Welche Vorgeschichte die Frauen haben, wird meist nicht berücksichtigt, und wie sie in die Prostitution gelangt sind, auch nicht. Und das ist nur die legale Seite des Ganzen. Auch illegal Frauen in die Prostitution zu bringen wird zu einer Leichtigkeit für die Zuhälterbanden, wenn die nötige Infrastruktur (Bordelle, Clubs, Bars oder andere Etablissements) schon legal vorhanden ist. So basiert das Geschäft der Prostitution auf Zwang und nur in den seltensten Fällen prostituieren Frauen sich freiwillig. Genaue Zahlen dazu werden nicht veröffentlicht, denn während es zu so gut wie jedem Mist hier in der BRD eine Studie gibt, schafft es der deutsche Staat bis heute, Zahlen und Fakten, die Prostitution betreffen, unter den Tisch zu kehren.

Dass sich die kriminellen Banden von Menschenhändlern und Zuhältern auch auf die Frauen, die nun aus der Ukraine kommen, stürzen würden, war von vornherein klar. Um dem entgegenzuwirken und die Frauen davor zu schützen, an solche Leute zu geraten, wurden nun an den Bahnhöfen Plakate aufgehängt, auf denen in ukrainischer Sprache vor solchen Leuten gewarnt wird. Schön und gut, wenn diese Plakate die eine oder andere Frau davor bewahren, in die Fänge dieser dreckigen Banden zu geraten. Aber was ist die Realität der Frauen, die auf den Bahnhöfen ankommen? Meist sind sie auf sich allein gestellt. Freiwillige Helfer und nichtstaatliche Organisationen können zwar für eine erste warme Mahlzeit und einige andere Kleinigkeiten sorgen, aber nicht dafür, allen Leuten ein Dach über dem Kopf zu geben. Die Frauen müssen mit ihren Kindern selber gucken, wo sie bleiben. Während der deutsche Staat 100 Milliarden für die Aufrüstung seiner Streitkräfte locker macht und weiter in den Krieg investiert, gibt er sich machtlos im Kampf gegen die Prostitution.

Seit Jahren werden Frauen, auch aus der Ukraine, aber vor allem aus anderen unterdrückten Ländern, hier in der BRD nicht davor gewarnt, dass Zuhälter und Menschenhändler unterwegs sind und sie anquatschen könnten. Und auch jetzt sind die Plakate vor allem auf Ukrainisch zu finden. Seit Jahrzehnten kommen Frauen aus Afrika, aus Osteuropa und

aus Westasien in die BRD und fliehen vor Krieg, Hunger und anderem Elend aus ihren Ländern. Und seit Jahrzehnten geraten diese Frauen in die schmutzigen Finger von Zuhältern. Knapp 90 Prozent der Prostituierten in Deutschland kommen mittlerweile aus dem Ausland, fast alle davon aus unterdrückten Ländern und dabei insbesondere aus Osteuropa. Ohne Deutschkenntnisse, ohne Geld, ohne Bleiberecht und ohne Arbeitserlaubnis sind die Frauen oft vollständig abhängig von diesen Leuten. Seit Jahrzehnten zeigt sich offen und deutlich das wahre menschenverachtende Gesicht des deutschen Staates, denn außer ein Plakaten und Broschüren wird gar nichts unternommen gegen diese widerliche Ausbeutung der Frauen. Der Staat weiß, wie viele Frauen gegen ihren Willen in das Geschäft gezwungen werden, und legt die Hände in den Schoß, denn er verdient an diesem Geschäft mit.

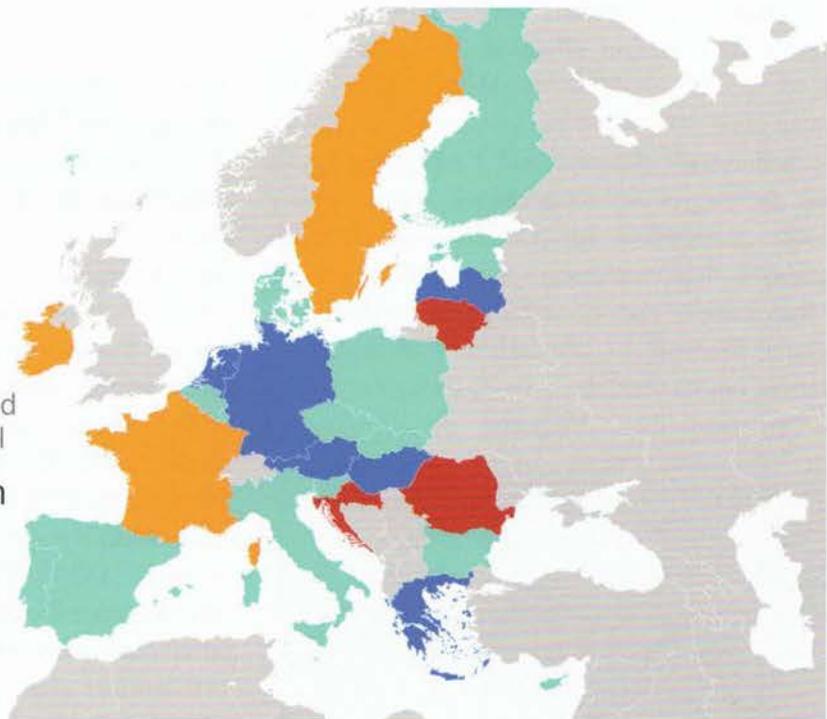
Seit 2002 ist Prostitution in Deutschland offiziell legal und ist zu einem Geschäft mit einem Milliar-

denumsatz herangewachsen. Milliarden von Euros werden mit der Erniedrigung und Ausbeutung von Frauen – hauptsächlich Frauen aus den unterdrückten Nationen – gemacht. Vollständige Abhängigkeit und regelrechte Sklaverei sind völlig normal in diesem Geschäft, ganz zu schweigen von den Misshandlungen und Vergewaltigungen, denen die Frauen ausgesetzt sind. Seit 2002 bietet der deutsche Staat den perfekten Nährboden für dieses Verbrechen gegen uns Frauen. Durch die Legalisierung ist das Prostitutionsgewerbe zudem steuerpflichtig geworden und beschert dem Staat saftige Einnahmen. Und jetzt ist der deutsche Staat als Akteur in diesem Krieg mitschuldig. Er trägt dazu bei, dass dieser Krieg weitergeht, liefert Waffen an das ukrainische Regime und beteiligt sich an der Kriegstreiberei. Er ist mitverantwortlich dafür, dass viele weitere ukrainische Frauen in Not geraten werden. •

The State of Sex Work in the EU

EU member states prostitution policies by type
as of Dec 2021

- **Legalization**
Buying and selling sex is legal and regulated
- **Abolitionism**
Buying and selling sex is legal, organized activities often illegal
- **Neo-Abolitionism**
Buying sex is illegal, selling sex is legal
- **Prohibitionism**
Buying and selling sex is illegal



Deutschland als „Bordell Europas“ – eines der wenigen Länder in der EU, in denen „organisierte“ Prostitution legal ist

ANTI-RUSSISCHER CHAUVINISMUS IN BERLIN



Die Internationale Lomonossow-Schule nach dem Brandanschlag

Der anti-russische Chauvinismus steigerte sich in ganz Deutschland nach dem Beginn der Invasion durch den russischen Imperialismus in die Ukraine massiv. Gerichtet ist das immer vor allem gegen diejenigen hier im Land mit russischem Ursprung oder vermeintlich russischem Ursprung, anstatt gegen den russischen Imperialismus. Das beschränkt sich leider nicht auf lächerliche Aktionen, wie den russischen Zupfkuchen zum Zupfkuchen umzubenennen. In Berlin gab es in letzter Zeit Hochpunkte dieses fehlgeleiteten Hasses. Die Polizei berichtet in der Zeit seit Beginn der Invasion allein in Berlin über 100 Vorfälle.

Der Krieg dient als Ausrede und Rechtfertigung für alles, was die Regierung nicht ohnehin mit Vorwand von Corona durchgesetzt hat. Darunter vor allem die fortschreitende Militarisierung mit 100 Milliarden an die Bundeswehr und einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zusätzlich wird der Krieg auch genutzt, um zu versuchen, die Spaltung der Arbeiterklasse voranzutreiben. Während die „schlimmen Ausländer“ in den letzten Jahren vor allem aus Nordafrika und dem arabischen Raum stammten (diese bleiben dabei genauso „Feindbild“), bietet der Krieg Anlass, die slawischen Völker wieder mehr in den Fokus des Chauvinismus zu rücken. Dabei reicht es auch vermeintlich, russisch zu sein.

Es kommt zu häufigen Anfeindungen gegen russische Läden. Von größeren Ketten, über Restaurants zu kleinen Läden sind sie oft zu Zielscheiben geworden

für schlechte Rezensionen, Drohanrufe, anti-russisches Graffiti oder zerworfene Scheiben. Hierbei ist auch egal, ob der Laden tatsächlich russisch ist, solange er slawisch aussieht, wodurch zum Beispiel auch ukrainische Mitarbeiter bedroht wurden. Dazu gab es auch schon mehrfach Angriffe auf Personen. Bei einem davon wurden zwei vermeintliche Russen im U-Bahnhof Mehringdamm niedergestochen. Die beiden, die sich als Rumänen herausstellten, überlebten zum Glück. Sie waren angegriffen worden, weil die Angreifer dachten, sie hätten russisch gesprochen, und sie daraufhin „anti-russisch“ beschimpften. Die Rumänen berichteten, dass die Angriffe von einer Fünfergruppe ausgingen und behaupteten, Ukrainisch gehört zu haben.

Die Behauptung „die Russen“ in Gesamtheit seien verantwortlich für den Krieg, die immer wieder propagiert wird, dient auch als Rechtfertigung der Sanktionen gegen Russland. Die Hauptleidtragenden dieser Sanktionen, wie auch in anderen Fällen, sind die ohnehin am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten des jeweiligen Landes. Auf diese werden die zusätzlichen Kosten abgewälzt, sodass sie sich noch weniger als ohnehin leisten können. Die Reichen betrifft das nicht.

Ein weiterer Hochpunkt des Chauvinismus, Eskalation und der Ekelhaftigkeit fand am 11. März in Hellersdorf statt. Dort wurde ein Brandanschlag auf die Internationale Lomonossow-Schule verübt. Bei der Schule handelt es sich um eine Privatschule, in der sowohl auf Deutsch als auch auf Russisch unterrichtet

wurde, mit einer durchmischten Schülerschaft aus Osteuropa und Westasien, unter anderem aus Russland und der Ukraine. Es wurde ein Molotowcocktail auf die Sporthalle geworfen, nachdem bereits zwei Tage zuvor versucht wurde, den Geräteschuppen niederzubrennen. Das Feuer konnte rechtzeitig gelöscht werden. Laut der Polizei ist auf Kameras ein Täter zu sehen, der aber noch nicht identifiziert ist.

Angriffe wie dieser werden von der bürgerlichen Politik jeglicher Parteien erst denunziert, wenn sie die direkte Kontrolle und Führung darüber verlieren, wie in diesem Fall, weswegen sie im Anschluss einige leere Worte und Krokodilstränen darüber verloren. Hier zeigen sie auch die Heuchelei, die sich durch den gesamten Umgang mit dem Krieg zieht. Während die Kriege in der Welt, die vom deutschen Imperialismus mit geführt werden, nicht kritisiert werden und auch die Kriege des Yankee-Imperialismus unterstützt werden, da der deutsche Imperialismus sich bis jetzt nicht traut, ihn zu sehr zu antagonisieren, wird dieser ebenso falsche und widerwärtige, Angriff des russischen Imperialismus als das Schlimmste dargestellt, was seit dem zweiten Weltkrieg passiert sei. In der selben Linie fördern die Zeitungen und Politiker den anti-russischen Chauvinismus, nur um sich dann angeblich schockiert zu zeigen, wenn einzelne ekelhafte Existenzen die Aktionen ergreifen zu denen sie aufrufen.

Eine Gruppe, die möglicherweise mit dem Brandanschlag vernetzt ist, und selbst wenn nicht spezifisch mit diesem Angriff, dann doch im Allgemeinen mit Angriffen dieser Art, ist der sogenannte „III. Weg“. Diese ist eine faschistische Partei die bisher an Kommunal- und Europawahlen teilgenommen hat. Ihr Name bezieht sich auf das bereits bei den Hitlerfaschisten populäre Bild, der Faschismus sei eine „dritte Position“ gegenüber Kommunismus und Kapitalismus, statt einer Form der kapitalistischen Herrschaft. Die Partei ist darüber hinaus für teils gewalttätige Aktionen sowie selten öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen bekannt. In Berlin verstärken sie ihre Aktivitäten in letzter Zeit insbesondere in Süd-Neukölln, sowie Teilen von Marzahn-Hellersdorf. Den jetzigen Krieg nutzt der „III. Weg“ nicht nur für Propaganda, sondern sie mobilisieren teilweise dafür, auch an der Seite von einigen ukrainischen Faschisten zu kämpfen um so unter anderem Erfahrungen an der Waffe sammeln zu können.

Zusätzlich wird Russland immer wieder mit „Kommunismus“, oder der Sowjetunion gleichgesetzt,

obwohl selbst die Sowjetunion nach dem Putsch von Chruschtschow 1956 nicht mehr sozialistisch war. So wird der imperialistische Krieg auch als Anlass genommen, die Sowjetischen Ehrenmale im Stadtbild anzugreifen. Beispielhaft dafür waren Graffiti am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park und das Verhüllen von Teilen des Ehrenmals nahe dem Brandenburger Tor mit ukrainischen Fahnen. Unter den Soldaten, die die Befreiung vom Hitlerfaschismus erkämpften, denen dort gedacht wird, sind im Übrigen auch Ukrainer.

Auch für die Thälmannstatue im Prenzlauer Berg wurde von mehreren Parteien gefordert, sie zu entfernen. Die CDU hatte den Antrag gestellt, der unter anderem von der SPD, den Grünen und der FDP unterstützt wurde. Dabei geben sie sich nicht einmal mehr die Mühe, eine plausible Erklärung zu liefern und beschränken sich auf freie Assoziationsketten „wie Thälmann war Kommunist, die Sowjetunion war kommunistisch, Russland ist die Sowjetunion, also ist Thälmann jetzt Symbol für den russischen Imperialismus“. Thälmann war jedoch ein Vorkämpfer gegen den 2. imperialistischen Weltkrieg und wurde von den deutschen Faschisten ermordet.

Die einzigen noch nicht gegangenen Schritte sind wahrscheinlich, die Hitlerfaschisten zu rehabilitieren, da diese ja auch gegen „die Russen“ gekämpft haben. Begonnen haben sie damit bis jetzt erst mit Gleichsetzung von Putin und Hitler durch einzelne Politiker in den „sozialen Medien“.

In diesen heißer werdenden Zeiten ist es den Herrschenden umso wichtiger, zu versuchen, unsere Klasse zu spalten. Sei es wie in diesem Fall auf Basis der Herkunft, der Religion, wie in unserem Artikel im Februar thematisiert, dem Geschlecht oder anderen Gründen. Das müssen sie tun, weil sie wissen, dass sie uns nicht mehr besiegen können werden, wenn wir uns nicht spalten lassen. •

Verhängtes Sowjetisches Ehrenmal im Tiergarten



GESUNDE ERNÄHRUNG AN HAMBURGER SCHULEN?



Seit einigen Jahren wird über die Dringlichkeit einer gesünderen Ernährung für Kinder und Jugendliche diskutiert. Vor Kurzem wurde das Projekt „Gesund aufwachsen in Hamburg – Schulgesundheitsfachkräfte an Hamburger Schulen“ u.a. von Schulsenator Thies Rabe vorgestellt. Verschiedene stadtteilbezogene Statistiken zeigen, wo besonders viele Jugendliche mit einer schlechteren bzw. ungesünderen alltäglichen Ernährung leben. Besonders in Stadtteilen, in denen Menschen mit niedrigerem Einkommen leben, zeigt sich, dass dort viele Menschen ungesünder essen. Um gesündere Ernährung bei den Kindern zu fördern, hat sich der Hamburger Schulsenat eine brillante Strategie überlegt. So ist ihr neues Vorzeige-Projekt entstanden.

Es stehen einigen Hamburger Grundschulen jetzt Experten, sogenannte „Schulgesundheitsfachkräfte“, zur Verfügung, die dafür sorgen sollen, dass gesunde Ernährung gefördert wird. Für diese 18 Grundschulen sind bislang insgesamt 13 Schulgesundheitskräfte im Einsatz, besonders in Grundschulen im Hamburger Osten. Eben dort, wo die Anzahl der Menschen mit niedrigerem Einkommen besonders hoch ist. Die Anzahl der Grundschulen, die diese Art der Förderung erhalten, beträgt lediglich 8 Prozent der gesamten Anzahl der

Hamburger Grundschulen (insgesamt 224). Damit kann längst nicht jede Grundschule in einem „sozial schwachen“ Viertel mit diesem Projekt versorgt werden.

Laut Schulbehörde sollen diese „Schulgesundheitsfachkräfte“ als „Brücke“ zwischen dem Elternhaus, dem Stadtteil und dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst dienen. In ihren „Einsätzen“ geht es vor allem um Themen wie beispielsweise Ernährung, Bewegung und Hygiene. In der Regel haben die „Schulgesundheitsfachkräfte“ ein abgeschlossenes Studium oder eine abgeschlossene Ausbildung mit einem gesundheitswissenschaftlichen Hintergrund. Weiter sollen sie außerhalb des Unterrichts unter anderem die Bedeutung von gesunder Ernährung und Bewegung vermitteln und zum Beispiel „gesundheitsrelevanten Austausch“ in Elterncafés oder Elternabenden fördern. Viele schöne Worte und viel heiße Luft.

Solche Programme sind keine Neuigkeit, schon öfter gab es Projekte an Schulen in Deutschland und besonders in Hamburg für die Förderung von gesunder Ernährung bei Schülern. Sogar Uschi Glas hat erkannt, dass viele Kinder häufig ganz ohne Frühstück in die Schule kommen, und ihr Verein engagiert sich dafür, dass jedes Kind mit einem

gesunden Frühstück in die Schule gehen kann. Bei der Vielzahl von Projekten zur Förderung der gesunden Ernährung (die prinzipiell die gleichen Ziele verfolgen) fragt man sich, warum solche Projekte überhaupt entstehen müssen, wenn die Kinder auch eigentlich über die Schulkantinen versorgt werden (könnten).

Die Qualität und Variation der Mittagessen im Ganztagsangebot wird seit Jahren von allen Seiten kritisiert. Für diese Gerichte zahlen die Eltern der Kinder oft hohe Summen. So wurden erst im Februar die Kosten für die Mittagessen an Hamburger Schulen von 3,50 Euro auf 4 Euro erhöht. Aktuell verlassen sich die Eltern der Kinder noch darauf, dass das Geld, was sie für das Mittagessen ihrer Kinder ausgeben, auch für eine gesunde Mahlzeit ausgegeben wird. Die Eltern der Kinder müssen nun zusätzliche 10 Euro im Monat für das Mittagessen ihrer Kinder bezahlen (d.h. insgesamt 80 Euro). Es werden Unsummen für „Experten“ und verschiedenste Projekte ausgegeben, anstatt die Lehrer zu befähigen, das als Teil des Lehrplans den Kindern direkt zu vermitteln oder die Kantinen und das Schulessen aufzubessern.

Die Lebenshaltungskosten steigen ständig, während unsere Löhne und Renten (fast) gleich bleiben oder real sogar sinken. Nicht nur die Miete wird teurer, auch steigende Gas-, Energie- und Benzin-Preise schnellen in die Höhe und die Krankenversicherungsbeiträge sollen angehoben werden. Krieg und Krise werden auf unserem Rücken abgewälzt. „Gegen Putin“ die Heizung abzudrehen, wird zur Heldentat erklärt, um die Realität zu verschleiern, dass eine warme Wohnung fast Luxus geworden ist. Bei der aktuellen Preisentwicklung für Lebensmittel, insbesondere von Obst und Gemüse, ist es kein großes Wunder, dass beim Einkaufen oft auf verarbeitete Lebensmittel zurückgegriffen wird, diese sind oft günstiger und nach einem langen Arbeitstag oft weniger aufwändig in der Zubereitung. Nur noch die Sachen im Angebot kaufen zu können, ist längst Normalzustand für die meisten in unseren Vierteln. In dieser Situation werden „Experten“ an die Hamburger Schulen geschickt, die dafür bezahlt werden, den Kindern zu erklären, dass eine Karotte gesünder ist als eine Tüte Chips. In Elterngesprächen wird den Eltern erklärt, wie sie gesünder kochen können, wenn ihnen allzu häufig schlicht das Geld fehlt, gesünder einkaufen zu gehen. Schon jetzt

berichten Leute, die zur *Tafel* gehen, dass sie sich überlegen, ob sie am Ende des Monats die Scheibe Wurst sich oder dem Kind geben und wie sie ihre Milch strecken. Und diese Situation wird sich in Zukunft mit den kommenden Krisen des Imperialismus weiter zuspitzen.

Es werden laufend neue Projekte vom Schulsenat aus dem Boden gestampft, um sich als „Innovationsstadt“ in Sachen Bildung darzustellen, anstatt das besser für die Kinder zu nutzen, was es schon gibt. Bei der Ansprache für den Einsatz der „Schulgesundheitsfachkräfte“ an Hamburger Schulen, freuten sich die Herrschaften Ties Rabe (Schulsenator), Melanie Leonhard (Sozialsenatorin) und Kathrin Herbst (Verband der Ersatzkassen e.V.), dass sie medienwirksam etwas für „sozial Benachteiligte“ tun. Aber an dem grundlegenden Problem rütteln sie natürlich nicht. Stattdessen werden verschiedene Projekte zur gesunden Ernährung beworben, die allerhöchstens Gelder verschlingen, die anderweitig gebraucht werden könnten und nur für den Schein etwas am Problem ändern wollen. Sie wollen zeigen, dass sie jetzt gegen die Schlagzeile „Armut macht Krank“ endlich etwas tun, aber es wird sich in diesem System nichts daran ändern, dass wir weniger Geld für Lebensmittel, eine schlechtere ärztliche Versorgungslage usw. haben. Schön und gut, wenn sich das Essverhalten so mancher Kinder bei uns im Viertel tatsächlich ändert. Es wäre wichtig, wenn sich unsere Klasse besser ernähren kann. Aber den Herrschenden liegt nichts tatsächlich an der Gesundheit unserer Klasse. Ihnen ist wichtig, dass sie unsere Kinder zu guten Arbeitern heranziehen, die nicht so häufig und nicht zu früh krank werden und die den Versicherungen im höheren Alter weniger Geld kosten. Deswegen „lohnt“ sich dieser Aufwand für sie.

Die herrschende Klasse hat dem Proletariat noch nie etwas geschenkt. Auch ein paar „Gesundheitsexperten“ und eine günstige Fahrkarte ist keine Lösung für Probleme, die sie verursacht haben. Wir verlieren wegen der Krise unsere Jobs, müssen in Kurzarbeit und sollen dazu noch die Kosten ihrer Krise und ihres Krieges tragen. So müssen wir jetzt mehr als vorher dagegen kämpfen, dass diese Krise auf unsere Rücken abgeladen wird und wir mit ein paar Maßnahmen abgespeist werden, die uns am Ende nicht viel nützen. •

DAS PROBLEM MIT DEM MÜLL IN TENEVER



Hauptsache videüberwacht: Mülltonnen in Tenever, um die sich schon lange nicht mehr gekümmert wurde

Es gibt viele Probleme in den Arbeitervierteln, in Tenever ist eines davon besonders der Müll. Während die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Viertel wie geleckert aussehen, stapelt sich der Müll in den Straßen rund um das Schweizer Eck regelrecht. Die Müllkäfige, in denen die Mülltonnen stehen, in der Züricher Straße, der Sankt-Gottward-Straße, der Davoser Straße und der Engadiner Straße sind dauerhaft überfüllt. Im Sommer fängt es häufig an zu stinken, und nachts läuft einem eine Ratte nach der anderen über den Weg. Wir haben mit ein paar Anwohnern im Viertel über die Situation gesprochen.

Das Thema Müll ist nicht neu in Tenever. Auch schon der Ortsbeirat und das Stadtteilmanagement sind auf den Trichter gekommen, etwas gegen den Müll unternehmen zu müssen. Das letzte mit, dem sie sich brüsteten, waren zwei hochmoderne Mülleimer, die an der Straßenbahnhaltestelle Schweizer Eck aufgestellt wurden. Zur Lösung des allgemeinen Müllproblems hat das aber gar nichts beigetragen. Auf der Suche nach dem Schuldigen hat die Stadtteilpolitik den Täter aber schon klar ausfindig gemacht. So sagte Aykut

Tasan, Quartiersmanager von Tenever, schon im Jahr 2020 in einem Interview:

„Das Thema Müll spielt eine große Rolle, denn wir sind immer hinterher damit, dass keine großen Müllberge entstehen. Sowohl die Wohnungsbaugesellschaften, die großen wie Gewoba und Vonovia, als auch das Quartiersmanagement und auch die Ortspolitik, aber auch engagierte Bürger. Nichtsdestotrotz ist es schon so, dass öfter mal einfach was rausgestellt wird in der Hoffnung, das wird ja sowieso jemand abholen. Dann kommen die anderen und denken naja, da ist ja schon was raus gestellt, da stell ich nochmal was zu. Dann kommen noch welche, die mit dem Auto vorbei fahren und sagen, och da kann ich ja auch noch was abladen und vielleicht hab ich die Haustür auch noch mit, die brauch ich auch nicht mehr, die kann ich auch dahin stellen, sodass wir eine dramatische Situation an bestimmten Ecken kriegen.“

Heißt im Klartext, wenn es nach Aykut Tasan geht, dann sind die Leute schuld. Die Anwohner, die ihren Müll angeblich überall abstellen und hinwerfen und so den Stadtteil verschmutzen. Diese Behauptung ist

aber purer Zynismus und zeigt die ganze Unfähigkeit der Stadtteilpolitiker. Die Quartiersmanager sind auch nur die Handlanger der „großen Politiker“ in den Stadtteilen. Sie machen zwar auf „bürgerlich“, vertreten letztlich aber auch nur die arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die Oben beschlossen werden. Dass Tasan in Fragen Müll gegen die Anwohner hetzt, ist entsprechend keine Überraschung. Dabei ist vollkommen klar, dass das Problem woanders liegt. Eine Frau aus dem Stadtteil sagt auf unsere Nachfrage dazu:

„Ja, der Müll ist auf jeden Fall ein Problem. Kann sein, dass die Kinder, wenn sie unterwegs sind, manchmal ihren Müll liegen lassen, aber das ist nicht das Schlimmste. Die Mülltonnen sind einfach immer voll. Nur ein paar Tage, nachdem die Müllabfuhr da war, ist kein Platz mehr in den Tonnen. Dann muss man das doch ranstellen, einfach daneben legen. Es gibt nicht genug Platz und wo soll man denn dann hin mit dem Müll?“

Das Bild von dem, was die Frau sagt, ergibt sich schnell in Tenever. Die Mülltonnen sind meist überfüllt und Säcke müssen noch auf den Boden neben die Tonnen gestellt werden. Ratten und Tauben wühlen dann in dem Müll herum und tragen ihn durch die Straßen. Wenn es nicht die Viecher sind, dann macht das der Wind. Dadurch sind dann auch die Grünflächen, die Gärten und die Straßenränder oft vermüllt. Das Problem, dass einfach zu wenig Platz in den Tonnen ist, bestätigt auch ein junger Mann, mit dem wir sprechen, als er gerade seinen Müll raus bringt:

„Ja guck doch hier, ist schon wieder voll. Ich hab das auch gerade daneben gestellt. Und dann guck hier, überall drumherum ist dann auch Müll. Guck, da liegen Essensreste und Zeitungen. Das ist nicht schön.“

Wenn man sich anschaut, wie viel Kapazität die Müllkäfige hergeben, dann fällt einem schnell auf, dass das, was da ist, gar nicht reichen kann. Für zwei Wohnhäuser gibt es in der Regel einen Müllkäfig, in dem acht bis zehn Mülltonnen stehen. Die Wohnhäuser haben vier Etagen mit neun Wohnungen pro Etage. Meist leben in den Häusern Familien oder Rentner. Wenn man also mit drei Personen pro Haushalt rechnet, kommt man auf 108 Personen pro Haus. In zwei Häusern würden also 216 Menschen wohnen. Diese 216 Menschen müssen sich dann die

acht bis zehn Mülltonnen teilen. Und das ist schon konservativ gerechnet. Doch trotzdem scheint es keine Lösung für Vonovia und Gewoba zu sein, die Kapazitäten zu erweitern und mehr Mülltonnen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen werden die Müllkäfige der Gewoba mit Videokameras überwacht, um sogenannte Müllsünder zu überführen. Die Pressesprecherin der Gewoba, Christine Dose, sagt dazu: *„Wenn möglich, nehmen wir die Leute in Haftung. Die müssen dann eine Sondermüllentsorgung bezahlen.“* Anstatt eine Lösung zu schaffen, droht man also mit Strafe. Die Frage, wo der Müll hin soll, wenn die Tonnen wieder voll sind, bleibt aber.

Mit dem Müll kommen wie gesagt auch die Ratten, für die Tenever ein regelrechtes Paradies geworden ist. Zumindest bis Rattenfallen aufgestellt worden sind. Diese Rattenfallen sind meist kleine silberne Boxen, in denen ein Köder liegt, der mit Rattengift gestreckt ist. Das Problem ist nur, dass diese Rattenfallen nun zum Teil in den Gärten der Wohnblocks stehen, manchmal sogar in unmittelbarer Nähe zu einem Spielplatz. Wenn ein Kind diese Rattenfalle findet, herein greift und den Köder verschluckt, kann das ganze lebensbedrohlich werden. Seine Kinder auf den Spielplätzen unbeaufsichtigt spielen zu lassen, wird geradezu unmöglich.

Ihren imperialistischen Chauvinismus können die Zuständigen der Wohnungsbaukonzerne und das Quartiersmanagement natürlich auch nicht verbergen. So sehen sie ein Problem auch im „kulturellen Hintergrund“ der Menschen in Tenever, wie Katrin Höpker vom Quartiersmanagement Tenever in einem Interview mit dem Weser Kurier sagt. Ganz nach dem Motto „die Ausländer sind Schuld“ versucht sie, sich aus der Sache herauszureden. Das Müllproblem in Tenever ist aber nicht die Schuld der Anwohner. Denn wie wir gezeigt haben und wie die Bewohner selbst sagen, ist einfach nicht genug Platz für den Müll vorhanden. Die Stadtteilpolitiker vom Quartiersmanagement zeigen, dass auch sie mit ihrem kleinen Amt und ihrer vermeintlichen „Nähe zum Bürger“ nicht auf der Seite der Arbeiter stehen und dass wir uns auf sie nicht verlassen können. Wenn das Müllproblem gelöst werden soll, dann müssen wir es selber in die Hand nehmen und vereint eine Lösung des Problems fordern. •

DIE ZEIT LÄUFT: ARBEITSKÄMPFE IM GESUNDHEITSWESEN



Arbeiter der NRW-Unikliniken vor dem Landtag in Düsseldorf fordern einen Entlastungs-Tarifvertrag

Anfang des Jahres haben die Beschäftigten der sechs großen Unikliniken Nordrhein-Westfalens dem Land ein Ultimatum gestellt: 100 Tage hat der Arbeitskäufer Zeit, mit einem neuen Flächentarifvertrag für die tatsächliche Entlastung des Klinikpersonals zu sorgen. Sollte das Land dieser Forderung nicht nachgehen, dann muss es mit weiteren Streiks rechnen, in Anknüpfung zu den Warnstreiks im öffentlichen Dienst Ende letzten Jahres. Zusätzlich zu dem gestellten Ultimatum wurden beinahe 12.000 Unterschriften unter den Belegschaften der Unikliniken für den neuen Tarifvertrag gesammelt und im März den Vertretern der Landesregierung überreicht. Diese Zahl steht repräsentativ für etwa 63 Prozent aller Beschäftigten, die von dem geforderten Tarifvertrag betroffen sind. Es beteiligen sich nicht nur Krankenpfleger an der Forderung, sondern auch beispielsweise Reinigungs- und Küchenkräfte und Angestellte im technischen Bereich, die allesamt ebenfalls mit der fehlenden Entlastung zu kämpfen haben.

Die Forderung nach Entlastung der in den Kliniken beschäftigten Arbeiter wird immer wieder formuliert; Krankenpfleger haben kaum die Zeit, sich vernünftig um ihre Patienten zu kümmern, geschweige denn ihnen das Minimum an zwischenmenschlicher Fürsorge zukommen zu lassen, da das Pflegepersonal völlig unterbesetzt ist und die Kliniken überlastet sind. „Wir können auf den Intensivstationen kaum mit

Angehörigen sprechen und eine angemessene Sterbegleitung ist häufig auch nicht möglich.“ Das hat ein Intensivkrankenpfleger der Uniklinik Köln im Oktober letzten Jahres in einem Interview über den sogenannten „Pflege-Notstand“ dem WDR berichtet. Ein Zustand, der nicht nur die Belegschaft hart trifft, sondern genauso auch die Patienten darunter leiden lässt. Daher ist es im gemeinsamen Interesse von Klinikpersonal und Patienten, dass sich die Arbeitsbedingungen massiv verbessern, dass die Beschäftigten also besser entlohnt werden und auch weitaus mehr Personal eingestellt wird um die Arbeitslast zu senken. Dass die Kliniken maßlos unterbesetzt sind, dürfte kein Geheimnis sein. Durch die Einführung der Fallpauschale ist in der stationären Krankenpflege ein Defizit von 100.000 Vollzeitstellen entstanden, ohne die ein adäquater Personalschlüssel ein unerreichbarer Traum bleibt. Um ein Pro-Kopf-Verhältnis wie in Dänemark oder der Schweiz zu erreichen, fehlen hierzulande sogar ganze 160.000 bis 260.000 Vollzeitstellen. Irgendwelche Klinikmanager zählen jedes Reiskorn und alle Ausgaben pro Behandlung, ermitteln dann einen Durchschnitt der Kosten (also davon, was die Behandlung auch in Zukunft zu kosten hat) und stellen fest, dass durch weniger Personal, das sie bezahlen müssen, ihre Rechnung besser aufgeht. „Das Risiko schwerer und lebensbedrohlicher Komplikationen bis hin zum Versterben“ wird durch Unterbesetzung in Kauf genommen. Die Kliniken unterliegen ganz normalen betriebswirtschaftlichen Zielen und das auf Kosten des

Personals und der Patienten. Unsere Gesundheit ist für sie nicht mehr als ein Jonglieren mit Zahlen. Die hohe Belastung der sowieso schon wenigen Pflegekräfte führt dann natürlich auch dazu, dass sich viele Kollegen krankmelden oder sogar komplett aus dem Beruf austreten, da sie irgendwann einfach an ihre Grenzen geraten.

Gerade mit der Covid-19-Pandemie wurde der marode Zustand dieses kaputt gesparten Gesundheitssystems immer deutlicher. Überfüllte Krankenhäuser und unterbesetzte Belegschaften, was kann da bloß schief gehen? Der Staat beweist jeden Tag aufs Neue, dass ihm unsere Gesundheit – sowohl die der Pflegearbeiter, als auch die der Patienten – kein Stück interessiert. Das Einzige, was ihm wichtig ist, ist es, unsere Ausbeutung zu garantieren. In diese Chronologie reißen sich dann so Geschichten ein wie die Schließung zweier Krankenhäuser im Essener Norden 2020, weil mit ihnen nicht genug Profit erwirtschaftet werden konnte. Während das Gesundheitssystem kaputtgespart wurde, kann die Bundesregierung 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr pumpen.

Vor diesem Hintergrund ist es also mehr als gerechtfertigt, dass sich das Klinikpersonal zusammenschließt und bessere Arbeitsbedingungen fordert. Die Inspiration für das Stellen eines Ultimatums kommt aus Berlin. Wie wir bereits in der 46. Ausgabe der Roten Post vom November 2021 berichtet haben, haben Beschäftigte von Vivantes und Charité dem Berliner Senat ebenfalls ein 100-Tage-Ultimatum gestellt und ebenfalls mit der Forderung nach Entlastung und besserer Bezahlung. Das Ultimatum lief ab und eine Antwort auf ihre Forderungen blieb aus, also entschied sich das Personal dazu, kurz vor den Wahlen in den Streik zu gehen. Der Arbeitskampf wurde durch ver.di organisiert und die Gewerkschaftsspitze hat den Streik wieder beendet, ohne aber überhaupt die Hauptforderungen durchgesetzt zu haben. Es wurde sich mit dem Versprechen begnügt, die festgelegten „Eckpunkte“ würden irgendwann schon, durch zukünftige Verhandlungen, ihren Weg in den Tarifvertrag finden. Das Ultimatum der Krankenpfleger in NRW wird zum 1. Mai hin abgelaufen sein. Es ist zum Redaktionsschluss daher noch unklar ob das Land die Forderungen erst einmal, ganz nach Berliner Vorbild, ignorieren wird und wartet, bis die Streiks tatsächlich beginnen, um sie dann zu diskreditieren und zu versuchen, Patienten und Pflegekräfte gegeneinander auszuspielen.

Im Rahmen der Tarif- und Besoldungsrunde im öffentlichen Dienst hat ver.di bereits im November letzten Jahres zu Warnstreiks aufgerufen. Dort kam es auch zu mehreren Streiks an den verschiedenen Unikliniken NRWs. Die Versorgung für Notfallpatienten wurde dabei aber immer sichergestellt. Die Streiks fanden jeweils unter Beteiligung mehrerer hundert Krankenpfleger und auch anderem Personal der Kliniken statt. Auf die falsche Annahme, Streiks an den Kliniken wären bedenklich für die Patienten, antwortet ein Radiologie-Assistent der Uniklinik Düsseldorf: *„Der Normalzustand auf den Stationen ist fast noch gefährlicher, durch Überlastung, Dauerstress und immer wieder kurzfristige Ausfälle.“* Außerdem wird bei den Streiks stets die Versorgung von Notfallpatienten sichergestellt. Wer was anderes behauptet, versucht, die Beschäftigten und die Patienten gegeneinander auszuspielen, um so zu verschleiern, dass der Kampf in ihrem gemeinsamen Interesse stattfindet. Bei einem Streik an derselben Klinik trug das Pflegepersonal ein Banner mit der Aufschrift *„Unterbezahlt – Keine Pausen – Dauerstress.“* (in Anlehnung an die Abkürzung der Uniklinik Düsseldorf – UKD), was ihre Arbeitssituation gut auf den Punkt bringt. In einem Interview mit dem WDR berichtete eine der Streikenden der Aachener Uniklinik über die Lage als Auszubildende. Sie sagt: *„Wir Auszubildenden werden seit der Pandemie als Vollzeitkräfte ausgenutzt. Und haben nicht einmal eine Corona-Prämie erhalten.“* Eine der Forderungen für die Tarifverhandlungen war dementsprechend auch eine speziell an die Auszubildenden gerichtete Lohnerhöhung.

Diese Warnstreiks haben bereits ausdrücklich gezeigt, dass das Pflegepersonal der Unikliniken kämpfen möchte, und es auch tut, um eine Verbesserung seiner Arbeitssituation zu erreichen. Umso härter war es, als bekannt wurde, dass die Tarifkommission ihre Forderungen nicht durchsetzt und sich statt der geforderten 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro mehr im Monat mit 2,8 Prozent und einer Einmalzahlung in Höhe von 1300 Euro abgibt. Die ausgehandelten 2,8 Prozent Lohnerhöhung decken nicht einmal die Inflation. Ein fauler Kompromiss, der jedem ehrlichen Gewerkschafter schlecht aufstößt. Damit sich die Situation der Pflegekräfte wirklich verbessert und sie tatsächlich entlastet werden, müssen die Arbeitskämpfe zu Ende geführt werden. Die Gewerkschaftsbasis von ver.di ist bereit, zu kämpfen und beweist es mit dem Ultimatum einmal mehr, aber die Gewerkschaftsspitze bremst diese Kämpfe ab. Um die Ziele zu erreichen ist es notwendig, über die Köpfe der Gewerkschaftsspitze zu gehen und entschlossen weiter zu kämpfen. •

HAUSDURCHSUCHUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Am 22. März kam es erneut zu Hausdurchsuchungen bei linken Aktivisten in Baden-Württemberg. Durchsucht wurden insgesamt mindestens sechs Objekte in Stuttgart, Tübingen und Villingen-Schwenningen, darunter auch das linke Zentrum „Lilo Hermann“. Die Polizei trat dabei äußerst martialisch auf und sperrte teilweise mehrere Straßen rund um die durchsuchten Objekte ab. Die Tür des Lilo-Hermann-Hauses wurde mit einem Rammbock aufgebrochen. Als Vorwand für die Durchsuchungen dienen zwei Anlässe, die kaum fadenscheiniger sein könnten. Es geht angeblich um die sogenannte „Stuttgarter Krawallnacht“ und antifaschistische Proteste in Konstanz im Jahr 2020.

„Ermittelt wird wegen völlig getrennter Tatvorwürfe, die Durchsuchungen wurden aber zeitgleich durchgeführt und offensichtlich gemeinsam vorbereitet. Unser Zentrum wurde gegen 6.10 Uhr [...] von verummten Einsatzkräften des Göppinger BFE mit massiver Gewalt aufgebrochen, dabei wurden mehrere Türen irreparabel beschädigt. Durchsucht wurde letztlich nur eine der beiden Wohngemeinschaften. Zeitgleich besetzten martialisch auftretende Polizeikräfte relevante Punkte im Stuttgarter Stadtteil Heslach. Sowohl das Vorgehen als auch die massive Präsenz im Stadtteil lassen sich nur als gezielte Machtdemonstration deuten.“

heißt es auf der Seite des Linken Zentrums in Stuttgart. In der Pressemitteilung der Polizei zu den Hausdurchsuchungen wurde der zweite Vorwurf dann auch ganz gezielt verschwiegen. Stattdessen wurde nur über die Ermittlungen wegen angeblicher Beteiligung an der Stuttgarter „Krawallnacht“ gesprochen. Das Ziel ist klar: Es soll Stimmung gegen die revolutionäre Bewegung geschaffen werden. Schon in den Wochen unmittelbar nach der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 2020 überschlugen sich bürgerliche Politiker und Medien, um den Kampf der Massen gegen die bezahlten Hooligans des Staates zu verurteilen. Der damalige Innenminister Horst Seehofer reiste an, ließ sich vor umgeworfenen Polizeiautos fotografieren. Bürgerliche Zeitungen

titelten „Alkohol und Testosteron“ oder „Dieser Hass und seine Verharmlosung sind brandgefährlich“. Die Kämpfe sollten als bloße Randalie dargestellt werden. Erst sollte die „linke Szene“ verantwortlich sein, dann die „Partyszene“ und migrantische Jugendliche.

Die tatsächliche Ursache waren rassistische Polizeikontrollen, wie sie viele Migranten hier regelmäßig zu spüren bekommen. Mit dem staatlich verhängten Ausnahmezustand bekam die Polizei noch mehr Befugnisse und nutzte diese auch gleich. Betroffen waren in den vergangenen zwei Jahren dabei immer wieder vor allem Jugendliche. Es ist kein Zufall, dass es solche Meldungen aus ganz Deutschland immer wieder gab.

Am 20. Juni 2020 kam es zu eben so einer Kontrolle, wobei die Bullen auch noch die ganze Zeit über sehr aggressiv auftraten. Die Antwort kam prompt. Über Stunden lieferten sich Stuttgarter Massen Kämpfe mit der Polizei. Banken und McDonalds-Filialen wurden entglast und teilweise auch in einem Geschäft noch etwas eingesteckt.

Es gab bereits Urteile gegen Jugendliche, die sich an den Kämpfen beteiligt haben sollen, die auf Gefängnisstrafen hinauslaufen. Jetzt, fast zwei Jahre später, wird die alte Geschichte von den „linken Randalierern“ wieder aufgewärmt. Angeblich sollen sich eine 18-Jährige und ein 22-Jähriger mit Flaschenwürfen und Sachbeschädigungen beteiligt haben. Und deswegen soll man Hausdurchsuchungen machen, die



Lilo-Hermann-Haus

Tür zu einem Haus mit einem Rammbock aufbrechen? Eine ähnliche Geschichte hat die Polizei in Stuttgart auch neulich schon benutzt, um den Angriff auf die 8.-März-Demo zu rechtfertigen. Angeblich gab es Probleme mit „Aktivisten aus dem linken Spektrum“, die Straftaten verübt haben sollen. Konkret geht es um das Abbrennen von Rauchtöpfen und das Verkleben von Stickern bzw. die Umbenennung einer Straße. Das dient dann als Vorwand dafür, eine Demo anzugreifen und mit Tritten auf Brusthöhe auf Feministinnen loszugehen. Die Polizei hat bei dieser Aktion allerdings so maßlos übertrieben, dass selbst bürgerliche Zeitungen und Politiker sich beschwerten. So sprach beispielsweise eine lokale SPD-Politikerin darüber, dass das einzige Signal hier sein konnte, dass Frauen als gefährlich angesehen werden.

*„Die Repression gegen linke Strukturen im Süden geht unvermindert weiter. Den Repressionsbehörden in Baden-Württemberg ist offensichtlich jedes Mittel recht, um gegen linke Aktivist*innen vorzugehen. Die Rote Hilfe e.V. verurteilt diesen neuerlichen Angriff als staatlichen Einschüchterungsversuch und solidarisiert sich mit den Betroffenen.“*, sagt Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Die aktuelle Repression reiht sich ein in eine Geschichte der Verfolgung und Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung im Süden und insbesondere in Stuttgart. So sitzen aktuell die Stuttgarter Antifaschisten Findus, Jo und Dy im Knast. Auch der Stuttgarter Antifaschist Chris soll verurteilt werden, wenn es nach der Staatsanwaltschaft geht. Vorgeworfen wird ihm die Beteiligung an der Koordination des jährlichen Silvesterspaziergangs zur JVA Stammheim.

Die Repressionsorgane des bürgerlichen Staats werden aktuell immer weiter ausgebaut, was beispielsweise auch im aktuellen Koalitionsvertrag festgehalten ist. Die Herrschenden wissen, dass sie nicht weitermachen können wie bisher. Überall auf der Welt brodeln es und die Rebellionen und Volkskämpfe nehmen immer schärfere Formen an, auch in Deutschland. Die Antwort des Staats: Mehr Repression, mehr Gewalt, mehr Unterdrückung. Selbstverständlich richtet sich diese in erster Linie gegen die Massen und die revolutionäre Bewegung. 129a-Verfahren, Gefängnis- und Bewährungsstrafen, das alles ist Ausdruck davon. Sie wollen uns fertig machen und schlagen in ihrer Verzweiflung immer wilder um sich. •

Polizeischikane: Kontrolle migrantischer Jugendlicher in der Stuttgarter Innenstadt 2020



FILMREZENSION: THE ARMY OF CRIME

Der Kinofilm „The Army of Crime“ ist ein Thriller, der versucht, die Geschichte der „Groupe Manouchian“ nach zu erzählen, wobei sich die Filmemacher einiges an kreativer Freiheit erlauben konnten, weshalb er auch im Allgemeinen gut von bürgerlichen Filmkritikern aufgenommen wurde. Historisch gesehen war die Groupe Manouchian der Pariser Teil der bewaffneten Resistance, welche unter der Organisation „Francs-tireurs et partisans – main-d'œuvre immigrée (FTP-MOI)“ (*Freischärler und Partisanen – Eingewanderten Arbeiterursprungs*) unter der Führung der Kommunisten gegen die faschistischen Besatzer kämpften. Die Pariser Gruppe hatte sich mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion als militärische Einheit gebildet und hat hocheffektiven Partisanenkrieg gegen die Besatzer und deren Infrastruktur entfaltet. Fast die gesamte Einheit wurde später von den Nazikollaborateuren des Vichy-Regimes festgenommen. Anschließend wurden die 23 ungefähr drei Monate lang gefoltert und schlussendlich am 23. Februar 1944 erschossen. Daraufhin hat die völkermörderische Vichy-Regierung eine Medienoffensive gestartet, um die Genossen zu diffamieren. Ein Teil dieser Offensive war ein Plakat, auf welchem die bedeutendsten Gesichter gezeigt wurden und die ihnen vorgeworfenen Straftaten aufgelistet wurden. Der Unterste auf dem Plakat ist Missak Manouchian, welcher als „Bandenchef“ genannt wird; ihm werden 56 Attentate, 150 Tote und 600 Verletzte vorgeworfen. Anderen werden unter anderem auch oft Zugentgleisungen vorgeworfen, welche gegen die deutsche Kriegslogistik gerichtet waren. Entgegen dem Vorhaben der Nazikollaborateure wurden diese Plakate genutzt, um den Kämpfern als Märtyrer zu gedenken, indem das Pariser Volk Blumen niederlegte und daneben schrieb „Mort pour la France“ (*Gestorben für Frankreich*). Neben diesen Plakaten wurden von der Reaktion auch Flugblätter verteilt auf welchen stand:

„Falls es Franzosen sind, die plündern, klauen, sabotieren und töten...

Sind es immer die Ausländer die sie befehligen.

Sind es immer die Arbeitslosen und die professionellen Kriminellen, die ausführen.

Sind es immer die Juden, die sie inspirieren.

Das ist die Armee des Verbrechens gegen

Frankreich.

Dieses Banditentum ist nicht der Ausdruck von verletztem Patriotismus, es ist das ausländische Komplott gegen das Leben der Franzosen und gegen die Souveränität Frankreichs.“

Es ist besonders lächerlich, dass die Verräter und Nazikollaborateure des Vichy-Regimes solche Flugblätter verteilen.

SICHERHEIT UND DISZIPLIN

Der größte und wichtigste Punkt des Filmes ist die Sicherheit und Disziplin, beziehungsweise die völlige Abwesenheit davon. Das ist ein Problem, welches sich auf unterschiedliche Arten durch den gesamten Film zieht und schlussendlich den Antifaschisten zum Verhängnis wird. Schon zu Beginn, ehe die Einheit gegründet wird, werden im Film unterschiedliche Personen verfolgt, wovon sich zwei dem individuellen Heldentum und symbolischen Akten hingeben. So fängt zum Beispiel einer aus Wut an, spontane Racheakte durchzuführen, indem er zufällig deutsche Soldaten anspricht und diese erschießt. Der andere malt Hammer und Sichel an die Wände seines Gymnasiums und wird daraufhin beleidigt und es kommt zum Gerangel. Daraufhin kommt er auf die Idee, aus Trotz einen Sprengstoffangriff zu verüben. Weil er solch ein Selbstdarsteller ist, muss er seine Bombe in einem Band des Kapitals von Karl Marx verstecken. In Realität funktionieren diese spontanen unüberlegten Aktionen mit vor allem symbolischen Wert schlecht und es ist eben so, wie man die Aktion, sein Leben und Informationen an die Reaktion grundlos riskiert.

Weiter im Film versuchen die verantwortlichen Genossen diese und andere Punkte zu korrigieren, indem sie die unterschiedlichen Abenteurer nicht in der Einheit haben wollen oder fordern, dass manche der Militanten ihre Beziehung aus Sicherheitsgründen nicht in der Öffentlichkeit ausleben können. Dies gelingt ihnen nur begrenzt, da Manouchian ihnen zusichert, dass er die Probleme unter Kontrolle bringt. Das tut er aber nicht konsequent und duldet beispielsweise, dass ihm gesagt wird, ihm würde man folgen, aber nicht seinen Verantwortlichen. Statt

entschieden gegen diese Haltung zu kämpfen, nimmt er sie einfach hin. Schlussendlich ist es die Freundin eines der Partisanen, die dafür verantwortlich ist, dass es zu Festnahmen kommt, wovon unter Folter eine Person Verrat begeht, und die Folgen sind katastrophal. Der Film hat aber auch seine Stärken hier und stellt einige Sachen beispielhaft dar: So zum Beispiel wird Klavier gespielt, um eine geheime Druckerei zu übertönen und sie so sicher zu betreiben. Dann wäre da eine Frau, die mit ihrer Familie einen zurückgekehrten Kämpfer der Internationalen Brigaden aus dem spanischen Bürgerkrieg aufgenommen hat. Diese sagt, dass es sie nichts angeht, was der Genosse tut, nur dass sie weiß, dass es etwas Gutes ist. Sie ist uneigennützig und sich der Gefahr bewusst, die es birgt, wenn man das Geheimnis nicht hält. Ein anderes Beispiel sind das Verhältnis von Manouchian und seiner Gefährtin, welche beide Partisanen sind, aber an unterschiedlicher Stelle organisiert sind und sich nichts Unnötiges verraten. Beide verstehen die Wichtigkeit davon und können so eine gute Beziehung führen, auch wenn sie über bestimmte Dinge nicht miteinander sprechen.

ENTSCHLOSSENHEIT

Etwas, was bei vielen der Protagonisten gut dargestellt wird, ist, dass sie ihr Leben in den Fingerspitzen tragen. Die meisten sind sich bewusst und riskieren ihr Leben ohne zu zögern immer und immer wieder für ein größeres Ziel, wobei es ihnen während den Aktionen aber immer gelingt, mit diesem davon zu kommen. Zusätzlich sind alle, bis auf einen, bereit, Folter durchzustehen, und nehmen ihre Ermordung durch die französische Polizei in Kauf, um weitere Genossen zu schützen. Ihre Einstellung im Kampf und Gefangenschaft ist selbstlos und heldenhaft.

PAZIFISMUS

Der Hauptcharakter, Missak Manouchian, hat Anfangs ein ernstzunehmendes Problem mit Pazifismus. Er soll eine bewaffnete Einheit im Kampf gegen die Nazibesatzer und Kollaborateure führen, doch weigert sich anfangs aus moralischen Gründen, zu töten. Hierfür wird er von einem Verantwortlichen

kritisiert, wie ausgerechnet er von allen von Moral reden könnte, seine komplette Familie sei doch von der Reaktion ermordet worden, oder durch andere direkten Folgen auf schrecklichste Art und Weise gestorben. Wie könne gerade er sich weigern, gegen die Reaktion zu kämpfen? Es wurde durchgesetzt, dass er auch, wenn er sagt, er sei nicht bereit, diese gegen Menschen einzusetzen, den Umgang mit der Schusswaffe lernt. Man kann an dieser Stelle sicher darüber streiten, wie realistisch es ist, dass einem erklärten Pazifisten der Befehl über eine bewaffnete Einheit übertragen wird. Anschließend ist er eine Weile mit sich selbst im Kampf über seine Bereitschaft und macht den Durchbruch in der ersten Aktion, die er mit der Einheit durchführt. Er wechselt kurzfristig die Verantwortlichkeiten und führt sie selbst aus, indem er eine Granate inmitten einer Wehrmachtpatrouille detoniert. Wenn auch nicht besonders ausführlich, zeigt der Film hier, wie falsche Positionen bekämpft werden und Missak einsieht, dass man für die Befreiung kämpfen muss und über seine eigene Eitelkeit hinwegsieht. Es wird zwar nicht besonders stark thematisiert, aber im Film wird weiterhin auch abgesehen davon die Notwendigkeit des Kampfes für die Befreiung, für den Frieden und die Unmöglichkeit der Kapitulation vor dem Feind hochgehalten. Die Nazis erschießen pro getötetem Deutschen zehn bis zwanzig Gefangene; wenn es zu Angriffen auf Infrastruktur kommt, wälzen sie die Probleme bestmöglich auf die Zivilbevölkerung ab. Nichtsdestotrotz ist es klar, dass wenn die Faschisten nicht bekämpft würden, die Folgen langfristig nur noch schlimmer ausfielen.

Wenn man sich den ideologischen und politischen Begrenzungen bewusst ist, ist es ein spannender Film, der einen mitfiebern lässt mit Liebe für die Partisanen und tiefstem Hass gegenüber der Reaktion. Indem man weiß die Begrenzungen abzulehnen und die richtigen Punkte hervorzuheben weiß, kann man anhand des Films einige gute Eigenschaften der Partisanen hervorheben und wichtige Lektionen über Entschlossenheit und die Rolle von Gewalt im Befreiungskampf ziehen. •

www.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM MAI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rsk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Kämpfe von Demonstranten mit Polizisten vor Straßenblockaden in Peru während des Generalstreiks diesen März / April

Quelle: Bishesh News

**ROTE
POST** 